

Angela Harre

Wege in die Moderne

Entwicklungsstrategien rumänischer Ökonomen
im 19. und 20. Jahrhundert

2009

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

ISSN 1867-6596
ISBN 978-3-447-06003-5

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	9
Vorwort	11
Einführung.....	13
Der Traditionalismus	25
Die Krise des Feudalismus	27
Byzantinische Renaissance und ständischer Nationalismus.....	30
Freihandel und antiliberaler Wirtschaftspolitik	40
Staatsmodelle zwischen Autokratie und „Form ohne Inhalt“	45
Der Zusammenbruch des Traditionalismus.....	53
Der Industrialismus.....	59
Wirtschaftsnationalismus und Industrialismus.....	61
Vom sozialen Verlierer zur „liberalen Oligarchie“.....	65
Ständische Gesellschaftsvorstellungen mit demokratischem Antlitz	72
Wirtschaftspolitik im Zeichen des Autoritarismus	84
Sonderweg oder Normalität?.....	100
Der Agrarismus.....	105
Zwischen Marxismus und liberaler Demokratie	107
Die Wurzeln des Agrarismus in der russischen Philosophie.....	112
Die Bauernpartei und der bäuerliche Mittelstand	117
Die Wirtschaftspolitik der „Offenen Türen“	129
Die Utopie des Bauernstaates.....	137
Die Abwendung der Dörfer vom Agrarismus	145
Der Faschismus.....	153
Der rumänische Faschismus als Massenbewegung	155
Aufstieg und Fall faschistischer Parteien	157
Das „Ende des Kapitalismus“.....	167
Die Junge Generation und die Sozialwissenschaft	177
Das Scheitern korporatistischer Gesellschaftsentwürfe.....	185
Nationalsozialistische Entwicklungsmodelle	195
Ausblick.....	201
Literatur	211
Personenindex	245

Die „Entwicklung“ im modernen Sinn ist so eng an die Vorstellung des „Fortschritts“ gebunden, dass der heutige Mensch beide Begriffe nicht mehr getrennt voneinander wahrnimmt, sondern wie Synonyme behandelt. Diese Gleichsetzung war nicht immer selbstverständlich. Noch im 18. Jahrhundert verstand man unter „Fortschritt“ ein Schreiten im Raum, das natürlich eine gewisse Zeit in Anspruch nahm. Er bezeichnete nicht die Wandlungen einer Gesellschaft innerhalb einer bestimmten Periode. Der Begriff der „Entwicklung“ bezog sich dagegen auf den Kreislauf von Werden und Vergehen, der von Gott gewollt schien. Bis in das 18. Jahrhundert hinein wurde die Geschichte zirkulär gedacht, das heißt ihre Wiederholbarkeit vorausgesetzt.¹

An historische Entwicklungen wurde der „Fortschritt“ erst durch einen Erfahrungswandel im 19. Jahrhundert gebunden. Im Verlauf der Industriellen Revolution begann man, „Fortschritte“ mit gesellschaftspolitischen Bedeutungen aufzuladen und ihren Gegenbegriff (den Rückschritt) zeitlich immer eindringlicher zusammen zu denken. Fortschritt und Entwicklung verschmolzen so zu einem linearen Richtungsbegriff,² der in den Fortschrittsoptimismus des 19. Jahrhunderts mündete. Entwicklung, als deren Ziel man die Modernisierung von Staat und Wirtschaft im bürgerlichen Sinn angab, wurde von nun an als ein unabwendbarer Prozess gesehen, der die Menschheit zwangsläufig in eine bessere Zukunft führe.

Doch auch jetzt blieben die Gleichsetzung von Fortschritt und Entwicklung und der mit ihr verbundene Fortschrittsoptimismus auf Westeuropa beschränkt. In Osteuropa schienen diesen selbstverständlichen Entwicklungen wirtschaftliche und gesellschaftliche Hindernisse im Weg zu stehen, die bis in die jüngste Zeit Grundlage zahlreicher Forschungsarbeiten gewesen sind. Alexander Gerschenkron beschreibt die Ausweglosigkeit eskalierender sozialer Konflikte in peripheren Agrarländern mit Hilfe verschiedener Modernisierungsdilemmata. Im Verlauf der bürgerlichen Entwicklung könnten nicht nur die Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten in Konflikt miteinander geraten, sondern auch einzelne Modernisierungsmaßnahmen. Wenn zum Beispiel Fortschritte in der Medizin billiger würden als in der Wirtschaft, sähe sich eine explodierende Bevölkerung dem Problem der Arbeitslosigkeit und Massenarmut gegenüber.³

Kurt Mandelbaum und Paul Rosenstein-Rodan konzentrieren sich ebenfalls auf die Übervölkerung in der osteuropäischen Landwirtschaft. Das damit verbundene Phänomen der verdeckten Arbeitslosigkeit hätte in Osteuropa verheerende Auswirkungen auf die Produktivität des Agrarsektors gehabt. Kurt Mandelbaum leitet aus ihr sogar einen Teufelskreis ab. Die durch die Urbanisierung auch in den Städten massenhaft verfügbare, billige Arbeitskraft der Bauern erlaube hier ähnlich niedrige Produktivitätsstufen wie in den Dörfern. Das Elend dieser Menschen bewirke einen sehr schwachen Binnenmarkt, der seinerseits keine Grundlage für eine selbst tragende Industrialisierung böte. Paul Rosenstein-Rodan sieht diesen Umstand wiederum in einen Konflikt mit der internationalen Arbeits-

1 Kosellek, Reinhart: Fortschritt, in: Brunner, Otto (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland – Band 2 (E–G), Stuttgart: Klett-Cotta 1994, S. 351f.

2 Ebenda S. 352.

3 Gerschenkron, Alexander: Economic backwardness in historical perspective, London / New York: Praeger 1965, S. 18 und 27.

teilung geraten, die ja gerade auf der Industrialisierung und dem mit ihr verbundenen Austausch von Menschen und Kapital beruhe.⁴

Andere wegweisende Arbeiten stammen von Iván T. Berend und György Ránki bzw. von Daniel Chirot. Alle drei Autoren betonen neben der Vielfalt historischer Fakten vor allem die Bedeutung des Außenhandels für die Rückständigkeit der Region. Iván Berend meint, dass sich strukturelle Unterschiede zum Beispiel in der Feudalverfassung und der Zusammensetzung städtischer Schichten bereits im 14. und 15. Jahrhundert bemerkbar gemacht hätten. Auf deren Grundlage hätte der kapitalistische Welthandel des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts die europäischen Peripherien dem Risiko ausgesetzt, sich zu ergänzenden Agrarwirtschaften der westlichen Industrieländer zu entwickeln. Anders als Immanuel Wallerstein unterstreicht Berend aber den dynamischen Charakter dieser Entwicklung. Teile des Zentrums könnten wegbrechen und Teile der Peripherie aufholen.⁵ Daniel Chirot geht über diesen Ansatz hinaus und betont die Chancen, die in den Zentrum-Peripherie-Beziehungen lägen. Vergleiche man die graduellen Abweichungen zwischen den rückständigen Agrarländern Osteuropas, so zeige sich, dass die Intensität der Tauschbeziehungen mit Westeuropa ausschlaggebend für eine (relativ) gute wirtschaftliche Entwicklung gewesen sei. Anders könne man den Erfolg Böhmens und zum Teil auch Polens im Vergleich mit Rumänien oder Albanien nicht erklären.⁶

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie stehen aber nicht diese Entwicklungshindernisse, sondern die Antworten rumänischer Ökonomen auf ihre Herausforderungen. Die Bezeichnung „alternative Entwicklungsstrategie“ deutet die drei wichtigsten Problemfelder an: a) den Begriff der „Entwicklung“ mit all seinen politischen und wirtschaftlichen Implikationen, b) den Begriff der „Alternative“, der auf ein Scheitern früherer bzw. auf nicht angenommene Entwicklungsmodelle verweist und c) den Begriff der „Strategie“, der konkrete Anweisungen für die Politik beinhaltet, mit denen ein Land auf den Weg in den Fortschritt geführt werden könnte.

Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass sich die rumänischen Entwicklungsdebatten um die Mitte des 19. Jahrhunderts in einen agrarischen und einen industriellen Flügel spalteten, die vor und nach dem Ersten Weltkrieg jeweils verschiedene ideologische Inhalte annahmen. Insgesamt gab es also vier verschiedene Entwicklungsstrategien, die Reformen sowohl in der Staatslehre als auch in der Ökonomie anboten: a) den Traditionalismus, b) den Industrialismus, c) den Agrarismus und d) den Faschismus. Sie schlugen sich bis 1938 in einem dualen Parteiensystem nieder, in dem sich bis zum Ersten Weltkrieg die Konservative und die Nationalliberale Partei an der Regierung ablösten, die jeweils für den Traditionalismus und den Industrialismus standen. Die Selbstbezeichnungen „liberal“ und „konservativ“ sollten allerdings mit Vorsicht gebraucht werden, da sie den westlichen Varianten dieser Ideologien sehr oft widersprachen. Nach 1918 wurden die Konservativen

4 Rosenstein-Rodan, Paul: Problems of industrialisation of Eastern and South-Eastern Europe, in: *The Economic Journal* 6–9 (1943), S. 202f. / Mandelbaum, Kurt: *The industrialisation of backward areas*, Oxford: Basil Blackwell 1955, S. IIIff.

5 Berend, Iván T. / Ránki, György: *The European periphery and industrialisation 1780–1914*, Budapest: Akadémiai Kiadó 1982, S. 9, 12 und 21.

6 Chirot, Daniel (Hrsg.): *Originile înapoierii în Europa de Est* [Die Ursprünge der Rückständigkeit in Osteuropa], Bukarest: Corint 2004, S. 19ff.

durch die Agraristen ersetzt. Der Faschismus kam in den dreißiger Jahren hinzu und profitierte vom Zusammenbruch des dualen Parteiensystems.

Jeder dieser vier Entwicklungsstrategien wird sich ein Kapitel dieser Arbeit widmen und jede vertrat die Belange einer ganz bestimmten sozialen Gruppe, wobei ihr zeitlich versetztes Auftreten mit der Mobilisierung immer größerer Bevölkerungsschichten für die Nationalbewegung einherging. Im Zentrum des ersten Kapitels steht der Traditionalismus, der als eine Antwort auf die Krise des Feudalismus um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstand. Er drückte die Hoffnung der Großbojaren aus, mittels Gewinnen aus den Getreideexporten ihre angeschlagene Führungsposition innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchien zu festigen und unterstützte deshalb ein Gesellschaftsbild, das die Anleitung roher, ungebildeter Unterschichten in die Hände einer von Gott eingesetzten Elite legte. Der Traditionalismus begann mit der europäischen Agrarkrise um 1875 zu welken, und als der Erste Weltkrieg ausbrach, hatte sich der Glaube an einen wirtschaftlichen Fortschritt mit Hilfe komparativer Vorteile im Welthandel bereits verloren.

Die Nachkriegskrise zeigte darüber hinaus, dass auch der industrialistische Weg der Modernisierung allein mit Hilfe einheimischer Geldquellen nicht gangbar war. Auch die Industrialisten stellten Ober- und Unterschichten einander gegenüber, sahen die Bauern aber schon als eine dynamische und gewaltbereite Masse, die sich gegen den Modernisierungsauftrag aufgeklärter Eliten stemmte. Sie rekrutierten sich meist aus Familien von Kleinbojaren, die ihre Güter mangels finanzieller Reserven nicht auf den exportorientierten Anbau von Getreide hatten umstellen können. Der Aufbau einer modernen Staatsverwaltung und Industrie versorgte sie mit alternativen Einkommensquellen und republikanische Forderungen dienten darüber hinaus der Eindämmung der Macht der Großbojaren.

Der Agrarismus folgte der Eskalation der sozialen Frage in den Dörfern und erlebte seine Blüte zusammen mit den Verwerfungen des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegskrise. Die Agraristen wandten sich gegen jene, die in ihren Augen von der kapitalistischen Transformation profitiert hatten, also gegen die Traditionalisten und die Industrialisten. Sie sahen sich als Avantgarde einer sozial benachteiligten Bevölkerungsschicht und boten sich den Bauern als Säuberungsbewegung einer überkommenen Parteienlandschaft an. Anders als die aristokratischen Feudaleliten standen sie für die politische Mobilisierung der bäuerlichen Unterschichten, die sie gegen eine „dekadente“ und „parasitäre“ Oberschicht ausspielten. Sie scheiterten ihrerseits an der Weltwirtschaftskrise, die die Utopie eines direkten Sprungs am Kapitalismus vorbei in eine bäuerlich-korporative Zukunft vereitelte.

Der Faschismus wiederum profitierte von der Tatsache, dass sich die Agraristen vor allem an die dörflichen Eliten (Lehrer, Priester und reichere Bauern) gewandt hatten, die ihrerseits meist nur sich selbst in der Rolle der neuen Staatseliten gesehen hatten und für eine Zementierung der innerdörflichen Hierarchien eingetreten waren. Der Faschismus sprach dagegen die Dorfarmen an und wandte sich gegen die Vertreter aller drei vorangegangenen Entwicklungsstrategien. Ihre Repräsentanten ersetzte er durch den Neuen Menschen, der das spartanische Leben des einfachen Bauern gewohnt sei und sich einem von der Masse bestimmten Führer bedingungslos unterordnete.

Die sowjetische Planwirtschaft bot sich als fünfte Entwicklungsstrategie an, ist aber bewusst ausgelassen worden. Sie spielte bis 1944 nur eine untergeordnete Rolle und eine Betrachtung der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Fest steht aber, dass Wirtschaftspläne, die Konzentration auf die Schwerindustrie

sowie die damit verbundene Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie keine Erfindungen der Kommunisten waren. Im Gegenteil, die sozialistische Planwirtschaft scheint sich logisch in eine Kette ökonomischer und staatspolitischer Radikalisierungen einzuordnen. Während der traditionalistische Freihandel die Eingliederung Rumäniens in den kapitalistischen Weltmarkt dominiert hatte, so wich er ab 1875 einem moderaten (industrialistischen) Protektionismus nach den Vorgaben Friedrich Lists. Die Verwerfungen des Ersten Weltkrieges ließen Mihail Manoilescu auf den Plan treten, der die Erziehungszölle Lists zeitlich unbegrenzt ausdehnte und dem Staatsinterventionismus Tür und Tor öffnete. Die Weltwirtschaftskrise brachte das Konzept einer gelenkten Wirtschaft hervor, dessen Theorie zufolge der Staat die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Nationalwirtschaft vorgebe und sie durch Subventionen, Zölle und öffentliche Aufträge durchzusetzen versuche. Die faschistische Kriegswirtschaft steigerte diesen Anspruch ab 1939 zu direkten Eingriffen in die Wirtschaftsstruktur des Landes.

Als Erklärung könnte man eventuell eine Feststellung verallgemeinern, die im Kapitel zum Industrialismus angesprochen werden wird. Die wachsende Organisationsmacht des Staates scheint eine Reaktion auf die schleppende Industrialisierung gewesen zu sein, die in der Praxis als ein Scheitern der westeuropäischen Modernisierung wahrgenommen wurde. Und angesichts der wirtschaftlichen Rückständigkeit Rumäniens war der Blick in die Zukunft sofort von der Angst erfüllt, dass die staatliche Unabhängigkeit bedroht sei, sollte man mit dem westeuropäischen Rhythmus der Industrialisierung nicht Schritt halten können. Mit dieser Angst verlor die Modernisierung ihre Selbstverständlichkeit und wurde immer mehr zu einem Planungsbegriff. Die Denkfälle der rumänischen Ökonomen bestand in einer endlosen Zielverschiebung. Sie sahen einen Weg vor sich, der sich verlängerte, je mehr sie auf ihm voranschritten und der umso erbärmlicher wirkte, je mehr der industrialisierte Westen seinen Pfad zu einer Schnellstraße ausbaute. Wie die Geschwindigkeit in der Physik wurde der Fortschritt zu einem relativen Phänomen, dessen Grad man nicht mehr absolut bestimmen konnte, sondern immer nur im Vergleich mit anderen Ländern.⁷ Und egal wie sehr man seine Entwicklung beschleunigte – war ein anderes Land noch schneller, beklagte man die eigene Verlangsamung.

Darüber hinaus wird in der vorliegenden Arbeit auch das Wirtschaftsdenken Siebenbürgens außer Acht gelassen. Der Grund ist die tiefe Verschiedenheit gegenüber den ökonomischen Interpretationen des rumänischen Altreiches. Das siebenbürgische Wirtschaftsdenken ähnelte eher westeuropäischen Vorbildern. Die deutsche Philosophie spielte eine wichtigere Rolle als jenseits der Karpaten, wo man sich zunächst an den Griechen und Russen orientierte und später einen Spagat zwischen französischem und deutschem Denken wagte. Darüber hinaus stellte die Integration Siebenbürgens in den habsburgischen Wirtschaftsraum die hiesigen Ökonomen vor ganz andere Fragen als die wirtschaftlichen Verflechtungen des Altreiches. Der Historiker müsste von anderen Herrschaftsstrukturen, anderen ethnischen Konfliktlagen und anderen geistigen Einflüssen ausgehen. In der vorliegenden Arbeit wird deshalb versucht, Einflüsse siebenbürgischer Ökonomen darzustellen, die siebenbürgische Wirtschaftsschule als Ganze aber auszuklammern und weiteren Forschungsarbeiten zu überlassen.

7 Kosellek (1982), S. 352.

Der Fall Siebenbürgens zeigt jedoch, wie vielfältig das rumänische Wirtschaftsdenken gewesen ist und dass man ihm nicht mit einfachen ideologischen oder methodischen Schemata beikommen kann. Im vorliegenden Fall wurde der steinige Weg der Erkenntnis mit Hilfe verschiedener Analysetechniken beschritten, vor allem der Ideengeschichte, des Transnationalismus, der Wissenschaftsphilosophie und der Wissenssoziologie. Da die beiden letzten Disziplinen vor allem inhaltlich weiterhalfen, wird an dieser Stelle nicht näher auf sie eingegangen. Die Wissenschaftsphilosophie vertiefte das Verständnis für die inneren Entwicklungen verschiedener akademischer Kreise und ihres Zusammenwirkens. Die Wissenssoziologie stellte die Verbindung zwischen sozialen Interessen und ideologischen Grundsätzen her.

Das methodische Zentrum dieser Arbeit bildete die Ideengeschichte. Sie half zu verstehen, wie sehr die rumänische Wirtschaftstheorie mit allgemeinen europäischen Geistesströmungen wie dem Faschismus oder der Aufklärung verbunden war. Die Ideengeschichte erlebte seit den sechziger Jahren einen enormen Entwicklungsschub, der von der Konzentration auf den klassischen Bildungskanon immer weiter wegführte. Das Interesse galt fortan weniger den Gipfeln menschlichen Denkens, sondern wandte sich den breiteren Bergmassiven zu, die jene Höhenzüge tragen und ihnen Stabilität verleihen. Diese Wende mündete gleichzeitig in einer gewissen Dreiteilung der Disziplin. In Deutschland wurden Ideologien bzw. Ideentransfers eher vor dem Hintergrund der Sozialgeschichte und Sozialwissenschaften gedeutet. Die französischen Historiker lebten dagegen in dem Spannungsverhältnis zwischen den mentalitätsgeschichtlichen Ansprüchen der *Annales* und der Denkweise des Strukturalismus, während die angelsächsische Forschung die Ideengeschichte am ehesten als eine eigenständige Disziplin etablierte und entscheidende Impulse von der Sprachphilosophie John Austins und John Searles erhielt.⁸

In dieser Arbeit versuchte ich, Fragestellungen französischer und angloamerikanischer Fachkollegen zu verbinden. Dabei griff ich vor allem Gedanken des amerikanischen Historikers Quentin Skinner⁹ auf, der auf ein Verständnis des politischen Charakters ideologischer Wandlungsprozesse Wert legte. Gerade in Rumänien ließ die geringe Autonomie wissenschaftlicher Diskurse zu, dass jede der vier Entwicklungsstrategien zu einem Kampfmittel um politische Herrschaft und wirtschaftlichen Aufstieg instrumentalisiert wurde. Die Analyse der Zusammenhänge zwischen akademischen Auseinandersetzungen, ihren sozialen Grundlagen und dem Kampf um gesellschaftliche Macht ist eines der zentralen Anliegen. Darüber hinaus konzentrierte sich Skinner auch auf die Strategien, mit denen bestimmte Standpunkte in verschiedensten Situationen durchgesetzt werden. Und tatsächlich griffen auch rumänische Ökonomen zum Beispiel auf ethisch aufgeladene Begriffe zurück oder versuchten, über Anklänge demokratischer Untertöne eine in der Praxis sehr elitäre, undemokratische Politik zu rechtfertigen.¹⁰

8 Lottes, Günther: Neue Ideengeschichte, in: Lottes, Günther / Eibach, Joachim (Hrsg.): Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, S. 261.

9 Ebenda S. 267ff.

10 Hampsher-Monk, Iain: Neuere angloamerikanische Ideengeschichte, in: Lottes, Günther / Eibach, Joachim (Hrsg.): Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, S. 295–297.